

Die ersten Minuten des Plenums wurden nicht protokolliert

Festlegung von TOP1: Forderungen an Stadt und Land – Wie vorgehen, wie weiter?

W: Es sollen Forderungen an Stadt und Land alleine wegen der öffentlichen Diskurswirkung artikuliert werden.

M: Bis übers Wochenende sollen die Forderungen ausgearbeitet werden

W: Der Termin der nächsten Gemeinderatsitzung kann für uns keine Richtlinie sein, weil die Politik in den Ausschüssen gemacht wird, deshalb sollen schnellstmöglich Forderungen ausgearbeitet und artikuliert werden

W: Sollen jetzt ausgearbeitet werden und dann vor der Gemeinderatsitzung wieder aktualisiert werden

W: Eine Zusammenarbeit mit dem Rektorat ist wünschenswert, es kann aber auch weitergehende Forderungen der Bewegung geben; Druck kann mit Unterschriftenaktion und deren Präsentation für auszuarbeitende und breit gestellte Forderungen ausgeübt werden

W: Es ist besser für die Anliegen von unibrennt, wenn EIN Forderungspaket auch vom Rektorat voll getragen wird.

W: Erst Ausarbeitung von unibrennt, dann Feedback vom Rektorat: vor Weihnachten, dann nach Weihnachten Entscheidung wie das politisch artikuliert werden soll.

W: Schnelle Veröffentlichung der auszuarbeitenden Forderungen, sie können mobilisierend eingesetzt werden.

M: Meinungsbild: Tendenz zu gemeinsamen Forderungspaket mit dem Rektorat und dann gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit – W: Es dürfen aber keine substanziellen Forderungen von unibrennt fehlen

W: Antrag auf TOP für die Gemeinderatssitzung muss vorher eingebracht werden; hierzu muss mit den Parteien, die den Antrag einbringen können und die mit uns solidarisch sind, zusammengearbeitet werden

W: Der Antrag auf TOP ist nicht das zentrale, weil auf goodwill angewiesen, das Entscheidende ist der politische Druck, dann kann man nicht daran vorbeigehen: Erst allgemeinen politischen Druck, dann Zusammenarbeit mit solidarischen Abgeordneten; es besteht die Gefahr, dass die Forderungen nicht als unibrennt Forderungen wahrgenommen und möglicherweise im Vorfeld schon „abgeschwächt“ werden

M: Es besteht zwischen den beiden vom Vorredner beschriebenen Dingen – Zusammenarbeit mit Parteien im Gemeinderat und Erzeugung von politischem Druck kein Widerspruch, beides ist gleichzeitig möglich.

W: Zusammenarbeit mit den Parteien ist wichtig um Forderungen, wie z.B. die Subvention des Semestertickets, durchsetzen zu können

W: unibrennt ist kein Lobbyverein, dadurch verliert die Bewegung in ihrer jetzigen Form die gesellschaftliche Berechtigung

W: Gibt es ein Sprachrohr auf der institutionell-politischen Ebene von Stadt und Land; dies wäre notwendig, sonst gibt es keine Effekte!

W: Wer kann Anträge in legislative Organe einbringen? – W: Die Parteien können das

W: Bisher kamen die Parteien zu uns, diese Vorgehensweise ist richtig.

W: Um politischen Druck ausüben zu können, muss man sich an die Exekutivorgane (BürgermeisterIn, Landeshauptfrau) wenden; und zwar mit Mitteln der Skandalisierung und Moralisation, dann wird seitens der Politik aus opportunistischen Gründen auch gehandelt und den Forderungen entgegen gekommen.

W: Der Weg der Überzeugung einzelner Politiker mit Argumenten scheitert an den politischen Entscheidungsmechanismen und an den gegebenen politischen Kräfteverhältnissen: Deshalb steht der politische Druck vor der institutionellen Zusammenarbeit und die Bewegung ist auch so entstanden und hat so ihre Berechtigung erhalten

W: Ein „elaborierter“ Forderungskatalog ist notwendig; die Besetzung ist nicht Selbstzweck, Ergebnisse sollen der Zweck sein – Mittel-Zweck-Erwägungen und die Fragen „Was politisch Sinn macht und was kann unter gegebenen Umständen umgesetzt werden“ sind hier wichtig – Deshalb ist es unrealistisch einen solchen „elaborierten“ Katalog auf die Schnelle zu erstellen. Lobbying kann dann auch sinnvolles Mittel sein; Es geht um die durchsetzbaren Inhalte und nicht um Parteianschauungen

W: Es geht um die Gewichtung der beiden Methoden (politischer Druck und institutioneller Zusammenarbeit) – ein Kompromiss muss gefunden werden, parteipolitische Ansichten sollen demgegenüber zurückgestellt behandelt werden.

W: Es gibt keinen Widerspruch zwischen beiden Methoden

M: Gibt zu bedenken, dass eine Strategie in dieser Frage dringlich ist.

W: Präferenz für den politischen Kampf, Argumente können wenig bis nichts ausrichten – W: Dieses Argument wird bestätigt

M: weist auf Redundanz hin, und bittet um Schlussfolgerungen und konkrete Vorschläge

W: Bis übers Wochenende Ausarbeitung, dann Gespräche mit dem Rektorat, Ergänzungen möglich, Streichungen nicht möglich, dann Kundgebung und Unterschriftensammlung, dann im Januar: untermauernden Aktionen, die die Politik an ihre Verantwortlichkeit „erinnert“

M: Regt Abstimmung zur Form der Einbindung des Rektorats an

W: Es gibt keine Notwendigkeit darüber abzustimmen

W: Information zur Haltung der ÖVP zu unserer Bewegung: Halten uns für Chaotentruppe;
Politikergewinnung hat politische Wirkung und ist eine realpolitische Notwendigkeit

M: Abfrage des Meinungsbildes, wenn nichts abgestimmt werden soll, könnte das Plenum beendet werden.

M: Zusammenfassung: Bis Sonntag Ausarbeitung (ist beschlossen), dann zum Rektorat, dann Diskussion der Reaktion des Rektorats, bis hierher ist es Konsens; dann Veröffentlichung (die Frage wann – hängt auch davon ab, wie lange das vorherige Procedere dauert - und in welcher Form ist noch nicht geklärt)

W: „Going public“ ist vor Weihnachten nicht realistisch, erst dann Publikmachen und Aktionen, dann Herantreten an politische Entscheidungsträger

W: „Weihnachtsfrieden“ soll zur Organisation und Planung genutzt werden – W: z.B. zur Unterschriftensammlung

M: Soll vor Weihnachten noch gezielter Aktionismus zu diesem Thema statt finden

W: Es sollte auf jeden Fall bis dahin noch irgendwas (nicht unbedingt zu diesem Thema) stattfinden

ANTRAG: Zunächst Ausarbeitung des Forderungskatalog und Abstimmung mit dem Rektorat, dann bis zum neuen Jahr Unterschriftensammlung. – ANTRAG ANGENOMMEN
--

Festlegung von TOP2: Information zum Bildungsschulterschluss

-wenig Leute anwesend, nur aus der Gruppe der Lehrer_Innen

- Ausgiebige und intensive Diskussion

- Kritik an der Kurzfristigkeit der Aktion, es brauche „zugkräftige“ Veranstaltungspunkte, nicht nur Gespräch

- angedacht: Umwandlung zu einer Plattform „Schulterschluss“, Zusammenarbeit mit unibrennt und deren Ressourcen, z.B. Nutzung der Räumlichkeit, größere Veranstaltung im Januar (neues Lohnschema wird bekannt werden und dies wird voraussichtlich Proteste auslösen)

W: pessimistisch-realistischer Apell: die geringe Teilnehmerzahl liegt offensichtlich nicht an der Kurzfristigkeit des Termins, das Bedürfnis der Lehrenden ist nicht vorhanden und schon gar nicht über abstrakte Themen; es besteht die Gefahr, dass sich die Bewegung übernimmt; erst muss die Bewegung innerhalb der Studierenden verbreitert werden; Vorschlag: Aktionismus und Argumente in die Studierendenschaft

W: Strategie zielt auch auf sichtbare Ergebnisse, damit klar wird, es ist möglich etwas zu erreichen!

W: Mobilisierung ergibt sich nicht aus den erreichbaren Ergebnissen, sondern aus Mangel, Wut etc. Ergebnisse werden „hingenommen“: Die „Ergebnisstrategie“ ist in Wirklichkeit eine Exitstrategie der Bewegung

W: Tatsächliche Ergebnisse, die nicht als Trostpreis abgetan werden können, sind sehr wohl mobilisierend.

Ende des Plenums 22:08 Uhr